



**Peter Meiwald**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Sprecher für Umweltpolitik

## Pressemitteilung

### Keine Kinder in den Krieg – Einsatz von Kindersoldaten endlich stoppen

**Anlässlich der heutigen (04. Februar) Solidaritätsaktion im Deutschen Bundestag zum international „Red Hand Day“ am 12. Februar ruft Peter Meiwald, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dazu auf, den Einsatz von Kindersoldaten zu ächten und zu beenden:**

Berlin, 04.02.2015

**Peter Meiwald, MdB**

**Berliner Büro**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: JKH  
Raum: 3.605  
Telefon: +49 30 227-78040  
peter.meiwald@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**

Friedensplatz 14  
26122 Oldenburg  
Telefon: +49 441 361 694 03

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

„Selbstverständlich unterstütze ich diese wichtige Initiative. Waffen gehören nicht in Kinderhände. UNICEF schätzt, dass immer noch zirka 250.000 Kindersoldaten weltweit zum Dienst an der Waffe gezwungen werden.

In Ländern wie Burma, Kolumbien, Philippinen, Afghanistan und Kongo ist der Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Krisengebieten traurige Realität. Auch bei den aktuellen Konflikten in Syrien, Mali oder der Zentralafrikanischen Republik befürchten wir, dass Kindersoldaten zum Einsatz kommen. Sie werden ausgebeutet, häufig sexuell missbraucht oder eben direkt zum Kampf und Töten gezwungen. Die Jugendlichen sind nach diesen furchtbaren Erfahrungen schwer traumatisiert.

Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung Druck auf Staaten ausübt, die das zusätzliche Abkommen zur Kinderrechtskonvention zwar unterzeichnet haben, sich faktisch aber nicht daran halten. Dieses Abkommen verbietet den Einsatz von Minderjährigen in Kriegen. Wir fordern deshalb: Stoppt den Wahnsinn – keine Waffen in Kinderhände.

Wir fordern Bildung statt Ausbeutung. Und das weltweit. Die Kindersoldaten verbringen Jahre ihres Lebens im Kriegsdienst, können weder zur Schule gehen noch eine Ausbildung machen und deshalb später nur schwer Fuß fassen. Auch Deutschland muss hier seiner Verantwortung als reiche Nation gerecht werden und mithelfen, diesen Kindern eine faire Chance im Leben zu eröffnen. Wir fordern Bildungsangebote statt Waffen und psychologische Unterstützung, die diesen Kindern und Jugendlichen ermöglicht, sich wieder im Leben zurecht zu finden.“